

## Der Vertrag von Lissabon & die Minderheiten

### Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft und die neue EU-Kommission steht - was bedeutet das für Europas Minderheiten?

Von Jan Diedrichsen, FUEV Direktor

Acht Jahre politischen Tauziehens, Rückschläge und Enttäuschungen inbegriffen, haben ein vorläufiges Ende gefunden. Am Dienstag, 1. Dezember 2009, tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft und der EU-Kommissionspräsident Barroso hat seine 26 Kommissionsmitglieder vorgestellt - die, vorausgesetzt der Zustimmung des Europäischen Parlaments, die Geschicke der europäischen Exekutive in den kommenden fünf Jahren lenken werden.

Für Europas Minderheiten, die bekanntlich nach Schätzungen der EU rund 45 Millionen Menschen in den 27 EU-Staaten ausmachen, ist der Prozess mit vielen Hoffnungen und Enttäuschungen verbunden gewesen. Für viele Minderheiten Europas liegt in der EU eine Perspektive über die engen Grenzen des Nationalstaates hinaus. So hat der größte Dachverband der europäischen Minderheiten - die FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) - sich immer wieder für einen europäischen Minderheitenschutz eingesetzt und die Verantwortung für die Förderungen der autochthonen Minderheiten in der Europäischen Union angemahnt.

Der EU-Vertrag nennt im Artikel 2 ausdrücklich die Minderheiten:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören [...]“

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Artikel 3 [Ziele der EU], Abschnitt 3, in dem es heißt

„Sie [die EU] wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas“

Es ist noch ungewiss, welche juristischen und tatsächlichen Auswirkungen der Vertrag von Lissabon auf die Situation der Minderheiten in der EU haben wird.

Bevor wir einen Blick auf die neue EU-Kommission werfen, die den Vertrag als Grundlage ihrer Arbeit hat - ein Blick zurück:

Die Fragen der europäischen Minderheiten wurden in der Kommission „Barroso I“ (2004-2009) regelmäßig mit der Begründung ausgeklammert, man habe kein Mandat sich damit zu beschäftigen - das sei allein Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Nur in den Fragen der

Regional- und Minderheitensprachen (RML's) habe man einen kleinen Gestaltungsspielraum. Mit viel Spannung wurde daher der neue EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit, Leonard Orban, bei Amtsantritt begrüßt, in dessen Aufgabenbereich die Minderheitensprachen unterkamen.

In Brüssel hat sich der Rumäne Orban in den Jahren seiner Amtszeit nicht durchsetzen können. Sein Ressort galt schnell als von Barroso geschaffene Notlösung, um allen EU-Mitgliedern einen Kommissars-Posten zuweisen zu können. Folgerichtig wurde der EU-Kommissar für „Multilingualismus“ nur ein kurzes Intermezzo. Die Aufgabenbereiche wandern nun ins Ressort Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend zurück. Leiten wird dieses die EU-Kommissarin aus Zypern, Androulla Vassiliou.

Per se von einer Schwächung der Position der Minderheitensprachen durch das Wegrationalisieren des eigenständigen aber blutarmen Mehrsprachigkeitsressorts zu sprechen, ist jedoch verfrüht. Es ist nunmehr an der Zeit umzudenken - bzw. auf das Europäische Parlament zurückzugreifen:

Die effektivste Methode, um die Sprachpolitik der EU zu beleben, wäre es, die Empfehlungen der so genannte Ebner-Bericht (nach dem Südtiroler EU-Abgeordneten Michl Ebner benannt) aus der Schublade zu holen und die dort ausgearbeiteten Vorschläge umzusetzen.

Die Resolution - die unter anderem eine Europäische Agentur für Sprachenvielfalt und Sprachenlernen, ein Programm für Sprachenvielfalt und eine eigene Haushalts-Linie für Sprachenvielfalt vorsieht - wurde bereits 2003 von über Zweidrittel des Parlaments gutgeheißen; nur die EU-Kommission wollte es anders - ohne damit bislang besonderen Erfolg vorweisen zu können. Jetzt besteht die Möglichkeit diesen Fehler zu beheben.

Für die europäischen Minderheiten liegt die Zukunft wiederum in Luxemburg. Barroso hat das große Innenressort aufgeteilt und der EU-Kommissarin, Viviane Reding, einer erfahrenen EU-Politikerin aus Luxemburg, das Ressort Justiz-, Grund- und Bürgerrechte zugeteilt.

Es wird sich nun herausstellen, wie stark sie sich in dem europäischen Geflecht der unterschiedlichen Interessen durchzusetzen vermag und den autochthonen Minderheiten eine Stimme verschaffen will. Schlimmstenfalls landet

der Minderheitenbereich dort, wo er nach den Verhandlungen über den Aufgabenbereich der viel beachteten Europäischen Grundrechteagentur landete: Die europäischen Minderheiten wurden erst gar nicht als Aufgabenbereich in der neuen Agentur aufgenommen (bis auf die Frage der Sinti- und Roma).

Viviane Reding würde klug daran tun, gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Vertretern der Minderheiten und den Abgeordneten des Parlaments zu überlegen, wie ein europäischer Minderheitenschutz und eine Förderung der Minderheiten in der EU aussehen könnte.

Interessant werden in diesem Zusammenhang, die für Anfang Januar geplanten Anhörungen der neuen EU-Kommissare im Parlament ausfallen, das bekanntlich der EU-Kommission Barroso II seinen Segen erteilen muss.

Es ist davon auszugehen, dass sich dort vor allem die Abgeordneten der Intergruppe für nationale Minderheiten mit Fragen an die Kommissarinnen Androulla Vassiliou und Viviane Reding zu Wort melden werden.

Unter erfolgreicher und engagierter Leitung von Csaba Tabajdi (PSE), Ungarn, hat die Intergruppe in der vergangenen Legislaturperiode an Profil gewonnen. Unter anderem hat er gemeinsam mit der FUEV das Europäische Dialogforum, ein formalisiertes Gremium zwischen Minderheiten und dem Europäischen Parlament ins Leben gerufen.

Die designierte neue Vorsitzende der Intergruppe, Kinga Gál (EVP), ebenfalls Ungarn, hat sich bereits in den Verhandlungen um die Europäische Grundrechteagentur für die Minderheiten eingesetzt und gilt als Pragmatikerin. Aber auch die neuen EU-Abgeordneten, wie der Südtiroler Herbert Dorfmann (EVP), der Vertreter der schwedischsprachigen Finnen Carl Haglund (ALDE) oder die aus Schleswig-Holstein kommende Ulrike Rodust (PSE) haben angekündigt, im Bereich der europäischen Minderheitenfragen Akzente zu setzen und könnten dies passend bei der Befragung der beiden neuen EU-Kommissare unter Beweis stellen.

Die EU hat mit einem neuen Vertrag als Grundlage und einer neuen, voller Tatendrang an den Start gehenden Kommission sowie einem engagierten Parlament, die Möglichkeit in den kommenden fünf Jahren Entscheidendes für die europäischen Minderheiten zu leisten.